

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 9/17

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Was kommt nach der Merkel-Widerwahl, auch für Mülheim?

Am 24. Sept. wird "Mutti" Merkel wohl wieder gewählt. Alle wirklich zentralen Probleme waren aber im schlappen "Wahlkampf" mehr oder weniger ausgespart, so auch die geplante Autobahnprivatisierung mit zugehöriger PKW-Maut, sog. "Frei"handelsabkommen wie TTIP, CETA, JEFTA usw. oder Folgeprobleme der unkontrollierten Zuwanderung. Mehr zur erschreckenden Sterilität der deutschen Demokratie auf S. 4 und auf dem Einlegeblatt.

LVR: Senkung Umlagesatz für 2017 ! Haltern mit Sparkommissar!

Das zweite Halbjahr beginnt für die Gebietskörperschaften des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) mit einer erfreulichen Nachricht. Wegen deutlicher Verringerung der Fallzahlen im LVR-Sozialbereich werden die eingestellten Gelder nicht benötigt und der LVR gibt sie den Kreisen und Städten zurück. So geht seriöse Haushaltsführung! Mülheim/Ruhr z.B. braucht danach für 2017 anstatt 44,37 Mio. € nur noch 43 Mio. € als Umlage an den LVR zu entrichten, 1,37 Mio. weniger als bisher vorgesehen. Das saniert den auch bilanziell hoffnungslos mit über 500 Mio. € überschuldeten Haushalt von Mülheim zwar nicht, entlastet den Etat aber ein wenig. Mehr auf S. 3.

Die neue Landesregierung setzte Anfang Sept. einen Sparkommissar in der Stärkungspaktkommune Haltern am See ein. In den vergangenen Jahren wurden sowohl Fehler von der Stadt als auch vom RP Münster als Genehmigungsbehörde gemacht. Da keine gemeinsame Lösung gefunden wurde, setzt das Land den Sparkommissar ein.

"Ruhrbahn" als Signal für ÖPNV-Fusionen im Ruhrgebiet?

Ab 1. September rollen Busse und Bahnen in Essen und Mülheim als neue, einheitliche "Ruhrbahn". Das ist ein Signal für den ÖPNV im Revier. So verheißungsvoll der neue Name auch klingen mag: Die Fusion von MVG mit EVAG zur Ruhrbahn GmbH ist nicht mehr als ein Trippelschritt auf dem Weg hin zu einem Revier-Nahverkehr aus einer Hand. Bisher ist "Ruhrbahn" nur die abgespeckte Version der gescheiterten VIA. Seit vielen Jahren fordern die MBI eine Fusion aller Verkehrsgesellschaften der Metropole Ruhr.

RUHR
BAHN

Erneuter Versuch, die Blumenuhr am Wasserbahnhof einzusparen



Der Rat der Stadt möge zur Kenntnis nehmen, dass man ab sofort auf die saisonale Bepflanzung in der Innenstadt und in den Ostruhnanlagen verzichten werde. Diese von der Stadtverwaltung veröffentlichte Beschlussvorlage hat im Rathaus einen Eklat provoziert. Am Ende kündigte Oberbürgermeister Ulrich Scholten (SPD) an, das aus dem Hause von Dezernent Peter Vermeulen (CDU) stammende Papier "einzukassieren". Unter Scholtens SPD-Vorgängerin Mühlentfeld gab es 2010 den gleichen Sparvorschlag bereits einmal, damals aus dem Hause von Vermeulens Vorgängerin Sander (Grüne). Als die Kritik aus der Bürgerschaft damals immer heftiger wurde, eben nicht nur von den MBI, wurde der dümmliche Sparvorschlag einkassiert, war auch zu peinlich! **Peinlich ist die Geschichte heute ebenso! In Mülheim wird anscheinend aber auch nix ausgelassen!**

Auf den folgenden Seiten:

- NRW-Schulchaos: Neue Regierung, neue Ministerin, alte Dogmen? S. 2
 - Mülheim ab dem Jahr 2020 ohne neue Schulden? Von wegen S. 3
 - ÖPP-Pilotprojekt "Hansalinie" auf der Autobahn A1 eine tickende Kostenbombe! S. 4
- Einlegeblatt:** Das eigentlich wichtigste Wahlkampfthema, der allgemeine Kontrollverlust, wird ausgeblendet!

Rückseite: Die beunruhigende Sterilität unserer Demokratie

NRW-Schulchaos: Neue Regierung, neue Ministerin, alte Dogmen?



Als die gefühlte Ewigkeitskanzlerin Merkel vor 2 Jahren eigenmächtig eine riesige, unkontrollierte Zuwanderung speziell nach Deutschland ausgelöst hatte, wirkte ihr **“Wir schaffen das”** irgendwie selbstbewusst und so, als wisse sie, wovon sie redet. Ganze Teile der Gesellschaft, besonders die Haupt-Medien, folgten dem blind bzw. arg naiv und versuchten ziemlich lange, absehbare Folgeprobleme zu leugnen und den Gewinn für Deutschland hochzustilisieren, fernab von vielen Realitäten. Nach und

nach kam aber doch Vieles ans Tageslicht, so sehr auch Vertuschung versucht worden war. Polizei, Gerichte, Behörden und weite Teile der bundesdeutschen Sozialsysteme wurden durch große und unregelmäßige Zuwanderung in kurzer Zeit vor enorme Zerreißproben gestellt. Doch das dickere Ende steht noch bevor, denn die Überforderung von Bildungs-, Gesundheits- oder Sicherheitsbereich geht genauso wie die öffentlichen Finanzen oder die Sozialsysteme zum Glück nicht unmittelbar zum Kollaps über, schon garnicht in Zeiten des wirtschaftlichen Booms. Immer mehr selbst gut Meinende sagen inzwischen aber, meist nur noch hinter vorgehaltener Hand: **“Wir schaffen das nicht mehr”**

Die rotgrüne NRW-Regierung wurde im Mai deutlich abgewählt, nicht zuletzt weil sie entgegen aller Versprechungen („Wir lassen kein Kind zurück“ o.ä.) ein großes Schulchaos angerichtet hatte. Neben den Altproblemen der vielerorts häufig verbummelten Schulsanierung stellte eine welt-



fremde, unausgegrenzte Inklusionspolitik die gesamten Erziehungs- und Bildungseinrichtungen vor schwer lösbare, neue Probleme. Und dann kam die Seiteneinsteiger-Problematik in kaum zu bewältigenden Größenordnungen durch die Massenzuwanderung dazu. Rotgrün bejubelte das, anstatt sich den vielfältigen Folgeproblemen zu stellen. Sie zeigten sich zudem völlig unflexibel, was die landesweit anschwellende Forderung nach Rückkehr zum G9-Abitur betraf, obwohl das durchaus auch im Zusammenhang mit der Überforderung des Bildungswesen durch die anderen Probleme zu sehen ist.



CDU und vor allem FDP konnten deshalb kräftig zulegen, weil sie das NRW-Schulchaos nicht verniedlichten oder wegzureden versuchten. Allerdings erwähnten sie das größte und schwierigste Problemfeld der Seiteneinsteiger-Schüler ebenfalls immer nur am Rande. Das fiel nicht besonders auf, weil sie zumindest bzgl. Inklusion und Turbo-Abi klarer und deutlicher waren als die abgewirtschaftete Kraft/Löhrmann/Jäger-Regierung.

Kurz vor Schulbeginn und Ende der Sommerferien hatte nun die neue FDP-Bildungsministerin Gebauer ihren 1. großen öffentlichen Auftritt, um noch vor der Bundestagswahl ihr Programm und ihre Handlungsfähigkeit zu beweisen. Besonders viel kann sie aufgrund der großen Dimensionen der NRW-Bildungsmisere logischerweise aber nicht bieten.

Doch es erschreckt schon, dass auch sie das mit Abstand größte Problem von Zehntausenden Seiteneinsteiger-Schülern ganz außen vorlässt. Das mag zwar „politisch korrekt“ im Sinne ihrer Partei sein, ist aber bildungspolitisch eher dumm und kurzsichtig.

Die vielfältigen Folgeprobleme sind weder mit der Forderung nach mehr Lehrern, die es nicht gibt, zu lösen, noch können die Städte und damit die einzelnen Schulen damit weiterhin allein gelassen werden. Weil die Probleme anstehen und akut sind, können sie auch nicht einfach vertagt oder verschoben werden, wie das im parlamentarischen Alltag ansonsten oft gerne geschieht.



„Jede zweite Lehrerstelle in NRW unbesetzt“ in Bonner General-Anzeiger vom 26.8.17

“In NRW kann in diesem Schuljahr nur jede zweite der zur Verfügung stehenden Stellen besetzt werden,” sagte sie und fügte hinzu: *„Die Zahlen betrüben mich, es darf keine weitere Zeit verstreichen. ... Wie groß die Unzufriedenheit von Lehrern, Eltern und Schülern ist, weiß Gebauer ... Vor allem das Turbo-Abitur, der Unterrichtsausfall und die Inklusion sind die Themen, die Gebauer in den Mittelpunkt ihrer ersten Wochen als Schulministerin stellte“* **Na denn!**

Mülheim ab dem Jahr 2020 ohne neue Schulden? Von wegen

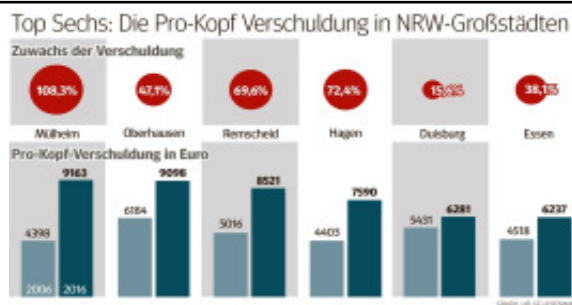
Am 31. August war Ratssitzung der Stadt Mülheim mit Einbringung des Etatentwurfs 2018, der bekanntlich Einsparungen vorweisen muss, damit das bankrotte Mülheim im Stärkungspakt des Landes ohne Sparkommissar weiterwurschteln kann, d.h. ca. 31 Mio. € Zuschuss jährlich vom Land erhält. Der Etat 2017, der bereits vor der Verabschiedung Makulatur war, ist übrigens immer noch nicht genehmigt. Kämmerer und Oberbürgermeister (im Bild rechts) haben den Etat-Entwurf für 2018 präsentiert.



Bekommt die Politik keine Einigung hin, kommt ein "Sparkommissar", drohen beide. Alles andere als eine Einigung, mahnen sie, sollte sich Mülheims Politik nicht leisten. Denn dann werde ein Beauftragter der Landesregierung eigenständig darüber entscheiden, wo der Sparbeitrag für die Teilnahme am Stärkungspakt herkommt. Anders gesagt: **Entscheidungsfreiheit des Rates war einmal, oder? Wozu noch tagen?**

Mendack präsentierte dem Stadtrat seinen Entwurf: 808,4 Millionen Euro ist er schwer, dank Stärkungspaktmittel des Landes in Höhe von 31,7 Millionen soll das Defizit am Ende "nur" noch bei 24,3 Millionen Euro liegen, nach einem Minus von zuletzt 85 Millionen Euro. Mit Hilfe der rund 160 Millionen Euro, die das Land bis 2022 zur Stärkung der Finanzlage überweisen wird, dazu mit eigenen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung soll es gelingen, im Jahr 2020 erstmals ohne neue Schulden im Kernhaushalt (ohne Stadt-töchter) auszukommen. Lassen wir das Problem der zuschussbedürftigen Städtöchter mal weg, gilt also:

Land in Sicht beim Haushaltsdesaster und alles wird gut? Schön wär`s, nur sprechen die Zahlen eine andere Sprache!



Links das Diagramm vom Juni aus der WAZ, das nun auch der Kämmerer benutzte, als bekannt wurde: **Mülheim hat auch das bankrotte Oberhausen in der Pro-Kopf-Verschuldung überholt! Wie die einsamen Rufer in der Wüste haben die MBI Jahr für Jahr gewarnt und vorgerechnet, dass der seit 2004 jedes Jahr mit ähnlichen Bilanztricksereien eingeschlagene Weg der Stadt Mülheim ins finanzielle Nirwana**

führen musste trotz niedriger Arbeitslosigkeit und robuster Wirtschaft wie fast nirgends sonst im Revier. Nichts konnte die Mehrheit der lokalen Politik und Verwaltung erschüttern oder zum Nachdenken bringen, die sog. Finanzaufsicht des RP bisher anscheinend noch weniger, die wollte mit den MBI nicht einmal sprechen und verkündete ansonsten nur allgemeine Floskeln, genehmigte aber bei Mülheim so gut wie alles, selbst wenn es gegen geltende Erlasse, Gesetze o.ä. verstieß. Auch die Lokalmedien nahmen die vielen deutlich erkennbaren Menetekel nicht wirklich ernst und behandelten die MBI stiefmütterlich, verstümmelten ihre Aussagen, sofern sie überhaupt etwas von den MBI erwähnenswert fanden.

Auch die seit 2013 offen gewordene, massive sogar bilanzielle Überschuldung im Galopptempo war und ist kaum der Rede wert, weder dem inzwischen hochgejubelten ex-Kämmerer, alias „Bonanopulos“ (Zitat: „Ist alles nur auf dem Papier“), noch den lokalen Parteien oder der Landespolitik (Frau Kraft schon überhaupt nicht!) inkl. der RP-„Aufsicht“ unter der Grünen ex-RP Lütkes. Auch als die Bertelsmann-Stiftung bereits vor 2 Jahren feststellte, dass Mülheim im letzten Jahrzehnt das mit Abstand höchste Verschuldungstempo aller deutschen Großstädte habe, nahm niemand angeblich Wichtiges in der Ruhrstadt das ernst. Hauptsache, man konnte weiterwurschteln wie bisher.

Und nun? Man fordert wie seit langem Schuldenschnitt und Stärkungspakt uswuf.. Vor Ort wird aber weitergemacht wie seit über 10 Jahren.

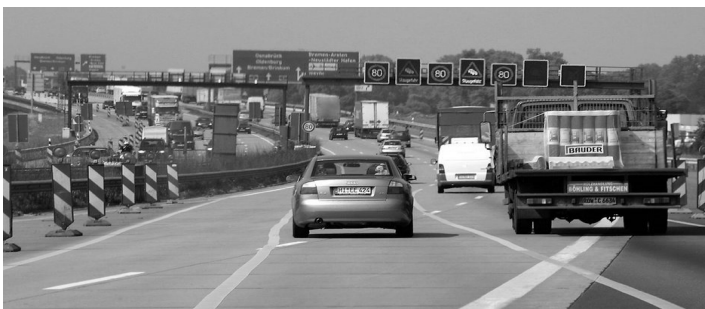
Schaut man sich den vorgelegten Etatentwurf 2018 genauer an, stellt man kaum Unterschiede zu allen vorherigen Mülheimer Etats fest, was exponentiell, sogar hyperexponentiell die Haushaltskatastrophe griechischen Ausmaßes hervorbrachte. Fast alles basiert auf fiktiven Mehreinnahmen von 2016 bis 21 (Grundsteuer + 16%, Gewerbesteuer + 23%, Einkommenssteuer + 26%, Umsatzsteuer + 47%, Schlüsselzuweisungen + 46%.) Und die bilanzielle Überschuldung würde trotz aller Stärkungsmittel und trotz Wunschsteuermehreinnahmen von 439 Mio. 2015 auf ca. 600 Mio. in 2021 anwachsen.

Wie die neue Landesregierung und auch die neue Regierungspräsidentin Radermacher (CDU) mit den bisher stets bedenklichen Mülheimer Haushalten verfahren wird, muss sich noch zeigen!

ÖPP-Pilotprojekt "Hansalinie" A1 eine tickende Kostenbombe!

Hat Dobrindt vor der Grundgesetzänderung den Rechtsstreit verheimlicht?

Privat finanzierte Autobahnen seien kostengünstiger, behauptet das Bundesverkehrsministerium. Nicht nur Rechnungsprüfer sehen das anders. Hier der neueste Gegenbeweis:



Die Hansalinie, Teilstück der Bundesautobahn A1 zwischen Hamburg und Bremen, war einst das Vorzeigeprojekt für eine zukünftige Autobahnprivatisierung. Deutschland als "Konzessionsgeber" übertrug den sechsstreifigen Ausbau, die Erhaltung, den Betrieb und die Finanzierung des 72 km langen Teilstücks dem deutsch-englischen Konsortium A1

Mobil. 42,5% der Anteile hielt ein englischer Investor, 57,5% lagen in den Händen zweier deutscher Bau- und Großfirmen, nämlich Bilfinger Berger (mit 42,5%) und Bunte mit 15%.

Wie die "Süddeutsche Zeitung" Ende August berichtete, steht der private Autobahn-Betreiber "A1 mobil" vor der Insolvenz. Er will nun zusätzliche öffentliche Zuschüsse von 645 Mio. €. Das wäre nach nur neun Jahren eine erhebliche Steigerung der ursprünglich veranschlagten Kosten.

Am 21. August 2017 verklagte nämlich das Konsortium A1 Mobil die Bundesrepublik Deutschland vor dem Amtsgericht Hannover. Streitwert: 645.445.000 Euro. A1 Mobil gilt als das "Pilotprojekt" für die Privatisierung der Autobahnen in Deutschland, und zwar über PPP, zu Deutsch ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft).

Seit 2005 gibt es die LKW-Maut auf deutschen Autobahnen. Schon bald danach begann die Ausschreibung für die Konzession eines Teilstücks der A1 zwischen Bremen und Hamburg. Der Vertrag wurde im Juni 2008 unterschrieben. Bis 2038 sollte es sich für Banken und Baukonzerne refinanzieren. Doch A1 Mobil war eine Totgeburt. Kein Wunder, dass Bilfinger seine Anteile verkaufte. Selbst die Lkw-Maut brachte nicht genügend "Cashflow", um die Zinsen der acht verbliebenen Konsortialbanken zu bedienen. Deshalb soll der Staat zahlen.

Diese Schiefelage des Betreibers ist mindestens seit dem A1 Mobil-Jahresabschluss 2015 bekannt. Das Schlichtungsverfahren lief auch schon länger. Das A1-Desaster war der Regierung also bewusst, als sie im Juni diesen Jahres die Grundgesetzänderung zur Bundesautobahngesellschaft durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht hat, um weitere ÖPPs umsetzen zu können.

Die SPD versucht nun nach der A1-Pleite, sich mal wieder als ÖPP-Kritiker zu inszenieren. Doch dieselbe SPD hat mit ihren Stimmen im Bundestags-Haushaltsausschuss am 29. Juni kurz vor der Sommerpause die Freigabe von 1,1 Milliarden € für den Weiterbau der A49 ermöglicht, ebenfalls als ÖPP vorgesehen. Diese 1,1 Milliarden € sollen privaten Investoren ÖPP als Anschubfinanzierung schmackhaft machen.

Gemeingut in Bürgerhand (GiB) kommentierte die Insolvenz-Drohung der ÖPP-Investoren auf der A1 so:

"Das Beispiel A1 führt vor Augen, dass sich der Staat enorm erpressbar macht, wenn er öffentlich-private Partnerschaften eingeht. Die Privaten können, wenn sie wollen, den Autobahnabschnitt faktisch stilllegen. Der Staat kann eine Schließung aber kaum zulassen. Der Bundesverkehrsminister wusste von der drohenden Insolvenz sicher schon im Juni, als Bundestag und -rat ÖPP ins Grundgesetz aufnahmen, denn offenbar läuft schon seit einiger Zeit auch ein Schlichtungsverfahren. Dobrindt war federführend bei der Autobahnreform als Ausweitung von ÖPP im Autobahnbau und -Betrieb. Mit der Information über erhebliche Kostensteigerungen für das ÖPP-Pilotprojekt auf der A1 wäre die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für die Grundgesetzänderung wohl nicht zustande gekommen."



Und Carl Waßmuth, Infrastrukturexperte von GiB, beschrieb den Vorgang wie folgt:

"Dass die Wirtschaftskrise von 2008 die drohende Insolvenz bewirkt hat, ist ein Ammenmärchen. Die betreibende A1 mobil GmbH & Co. KG war wie alle ÖPP-Projektgesellschaften von Anfang an extrem eigenkapitalschwach. Das haftende Eigenkapital von A1 Mobil beläuft sich auf ganze €10.000 (!), das Risiko für die Steuerzahler auf wahrscheinlich weit mehr als €450 Millionen."

M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

<http://www.mbi-mh.de>

Zitat gefühlte Ewigkeitskanzlerin Merkel von Mitte August in der FAZ:

"Die Wahl und die Wochen davor sind eine Feier der Demokratie und damit die Feier unserer Freiheit." Ist das so?

Das Sommerloch war noch nicht ganz voll. Es passte immer noch ein Liter Diesel hinein. Wer hätte gedacht, dass der Beschluss der Grünen, nach Atom und Kohle müsse Deutschland gleich noch den Verbrennungsmotor abschaffen, zum Kraftstoff eines leerlaufenden öden Wahlkampfes würde? Im Hintergrund aber steht die industrielle Zukunft Deutschlands auf dem Spiel. **Frage: Ist das ganze Zukunftsoptimismus oder Lust an der Selbstzerstörung?** Doch egal:



Warum der Bundestagswahlkampf dennoch bisher kaum auffällt bzw. völlig öde ist

Das eigentlich wichtigste Wahlkampfthema, der allgemeine Kontrollverlust, wird nämlich weitgehend ausgeblendet!

Unbestreitbar ist u.a. die Unfähigkeit der deutschen Sozialdemokraten, sich aus alten Denkmustern zu befreien, und ihr Unwillen, die tatsächlichen Sorgen der Menschen wahrzunehmen.

Denn auch wer der Meinung ist, ihm persönlich gehe es gut, hat unter Umständen erhebliche Sorgen. Nur die passen eben nicht in das Weltbild der SPD.

Was viele Menschen in Deutschland wirklich umtreibt, ist weniger Schulzens soziale Gerechtigkeit, sondern ein allgemeiner Kontrollverlust, für den u.a. beispielhaft die technologische Entwicklung, die Schwächung nationaler Institutionen und die Preisgabe des Nationalstaates stehen, selbst wenn man z.B. die gefährdete Sicherheitslage der Bevölkerung und den häufig überforderten Rechtsstaat außen vor läßt.

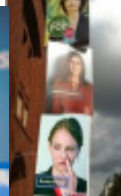
Zu diesem Ergebnis kommt zumindest eine Studie der gewerkschaftsnahen Böckler-Stiftung, deren Ziel es war, zu untersuchen, weshalb Menschen für sog. rechtspopulistische Ansichten empfänglich sind.

Hilf- und ratlose Parteien?

Das auch für die Gewerkschaften ernüchternde Resultat: Vielen Menschen geht es weniger um ihren aktuellen Wohlstand oder gar um Gerechtigkeit. Sie machen sich vielmehr **Sorgen um die Zukunft, also vor allem darum, dass die Welt ihrer Kinder so ganz anders aussehen wird, als sie sich das wünschen und dass sie den Eindruck haben, keinerlei Einfluss auf diese Entwicklung nehmen zu können.**

Aber genau auf diese Ängste gehen alle etablierten Parteien nicht ein. Lieber tröstet man die Bürger mit überholten Wohlfahrtsstaats-Versprechen oder hohlen Modernisierungsparolen.

Diese Hilflosigkeit ist zumindest ehrlich, denn die Fähigkeit, den tatsächlichen Nöten der Menschen zu begegnen, hat die Politik schon lange aus der Hand gegeben. Nun steht sie ratlos da und schwankt zwischen der Simulation von Pragmatismus und dem Verteilen sozialer Wohltaten. Der Schaden für die politische Kultur und die Demokratie insgesamt ist absehbar.



Die beunruhigende Sterilität unserer Demokratie

Passend zum Endloswahlkampf dieses Jahres machte der Jurist und Ökonom Hans Herbert von Arnim Vorschläge, wie das starre deutsche Politsystem der fehlenden Glaubwürdigkeit begegnen könne. Von Arnim fühlt sich seit Jahren putzmunter in der Rolle als Laus im Pelz der Politik, klagt vor Gerichten unermüdlich gegen dreiste Gehaltserhöhungen der politischen Klasse, gegen dubiose Parteienfinanzierung oder gegen Machtmissbrauch bei der Besetzung von Posten in der Justiz.



In seinem neuen Buch **"Die Hebel der Macht und wer sie bedient"** zeichnet von Arnim jetzt ein illusionsloses Bild der deutschen Demokratie: Von einem Staat mit einigermaßen aktiver Bürgerbeteiligung drohe sie zu einem sterilen Feudalsystem der Parteien zu verkommen.

Die Diagnose ist nicht neu. Schon ex-Bundespräsident von Weizsäcker (CDU) oder der ex- Bundesminister Apel (SPD) haben nach ihrer aktiven Zeit vernichtende Kritik an Berufspolitikern geübt, die mit ihrem Heer von Klienten und Zuarbeitern immer neue Milieus durchdringen, in denen sie eigentlich wenig zu suchen haben: Verfassungsgerichte, öffentlich-rechtliche Medien, Rechnungshöfe, politnahe Stiftungen. Für von Arnim kontrolliert sich die politische Klasse immer mehr selbst, misst sich bis in den kleinsten Landtag royale Vollzeitgehälter zu und immunisiert sich gegen jede Kritik.

Skandalöse Vorgehen wie das Blitzgesetz, mit dem neulich eine hohe Altersversorgung der Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg durchgepeitscht werden sollte, bestätigen solche harschen Befunde. Die dreiste neuerlich geplante Diätenerhöhung des Landtags in Rheinland-Pfalz von satten 17% passt dazu. Doch anders als diejenigen, die gegenüber dem Parteienstaat nur die Alternative "Resignation oder Revolution" sehen, schlägt von Arnim größere Bürgerbeteiligung vor, die als eine "legale Revolution" frischen Wind ins stickige Hinterzimmer unserer "Kartellparteien" bringen könnte. Es ist freilich nicht zu erwarten, dass Berufspolitiker sich ohne Druck zur Stärkung der Basis - etwa einfacheren Volksbegehren - durchdringen könnten. Von Arnim skizziert ohne Illusionen eine gierige und taube politische Klasse, die mit aufgeblähten Etats für Fraktionsmitarbeiter, Parteistiftungen und parteipolitisch gebundene Verwalter die deutschen Steuerzahler weit über eine Milliarde Euro im Jahr kostet - Tendenz steigend.

Macht ohne Kontrolle korrumpiert, egal wo!

Wie lässt sich aus der 1959 vorsichtig eingeführten Parteienfinanzierung diese royale Rundumversorgung von rund 4000 Abgeordneten und Tausenden Zuarbeitern rechtfertigen? Als nach der Nazidiktatur viele Politiker dem Volk noch maßlos misstrauten und sich gegen Basisdemokratie sorgsam abschotteten, sahen einige wie Karl Jaspers oder Herbert Wehner die folgerichtige Selbstbedienung kommen: Macht ohne Kontrolle korrumpiert nun einmal auch die Anständigsten.

Für die Bundestagswahl 2017 diagnostiziert von Arnim eine beunruhigende Sterilität. Ein aufgeblähter Riesensbundestag mit zahlreichen Überhangmandaten droht, und das mit wenigen Großparteien der Mitte, die sich über die Regierungspolitik in groben Zügen bereits einig sind: **"eine Wahl ohne Auswahl"**.

Willy Brandt`s Slogan "Mehr Demokratie wagen!" ist heutzutage aktueller denn je.

Das Trauerspiel um den Jugendstadtrat in Mülheim

Der sog. Jugendstadtrat ist in der NRW-Verfassung nicht vorgesehen. Er wurde in der Ära Mühlenfeld installiert, auch um Nachwuchskader für die Parteien zu bekommen, was in Mülheim vor allem der SPD zu Gute kam. Die letzte JSR-Wahl musste erst verschoben werden, weil sich nicht genügend Kandidat/innen fanden und dann gab es auch noch eine mickrige Wahlbeteiligung von 7,8%. Dies wollten JSR und SPD durch eine andere Wahlordnung direkt über die Schulverwaltungen verbessern. Doch alle anderen Fraktionen im Stadtrat lehnten das ab. Die Reform der Wahlordnung zum Jugendstadtrat kommt nun nicht voran. Regulär müsste in diesem Sommer der neue JSR gewählt werden, doch ein neuer Wahltermin wird wohl frühestens Mitte nächsten Jahres möglich sein, wenn überhaupt.

Frau Twesten und ihr "BÄRENDIENST" an der Demokratie

Elke Twesten, kürzlich noch als Grüne Teil der hauchdünnen Regierungsmehrheit im niedersächsischen Landtag (1 Sitz), hat die Seiten gewechselt. Jetzt ist sie bei der Oppositions-CDU und in Niedersachsen wird noch in diesem Jahr neu gewählt, obwohl es Anfang nächsten Jahres eh fällig gewesen wäre.